

Sattler-Tapezierer u. Portefeuille-Zeitung



Organ des Deutschen Sattler-, Tapezierer- und Portefeuille-Vereins

Nr. 1 / 40. Jahrgang

Erscheint wöchentlich.
Zugangspreis
pro Vierteljahr 30 Pf.

Geschäftsstelle: Berlin SO 16, Bräunstraße 10b
Fernsprecher: Morichplatz 2120

Bestellung
bei allen Postämtern.
Mitglieder kostenlos

Berlin, 8. Januar 1926

Im neuen Jahr.

Um Raum zu gewinnen, hat der Verbandsvorstand beschlossen, das bisherige Format des Verbandsorgans etwas zu vergrößern und ersetzt damit jenes Format, welches die Organe der meisten Verbände haben.

Der Wunsch, das Verbandsorgan wieder wie in der Vorkriegszeit achtschäftig herauszubringen, läßt sich leider noch nicht realisieren. Die Mittel des Verbandes müssen in erster Linie für die Kämpfe, die zu führen sind, bereitgehalten werden. Wir wissen bestimmt, daß unsere Mitgliedschaften diese Notwendigkeiten erkennen und insoweit den Maßnahmen des Vorstandes beipflichten.

Wieder haben wir ein Jahr schwerer Kämpfe hinter uns, und auch das neue Jahr wird allem Anschein nach ein Kampfsjahr werden. Schwer lastet die Wirtschaftskrise mit ihrer großen Arbeitslosigkeit auf dem arbeitenden Volke, und alle „Kenner“ der weltwirtschaftlichen Verhältnisse ergötzen sich in pessimistischen Ausblicken auf die künftige Gestaltung derselben.

Gewiß ist augenblicklich die Situation recht tröstlich, sie ist es aber in dieser Jahreszeit regelmäßig mehr oder weniger. Was speziell unsere Berufe anbelangt, so sind die Auswärtigen über den Stand der Arbeitslosigkeit allerdings bedeutend ungünstiger als im Vorjahre. Im November 1924 waren 7,6 Proz. gänzlich arbeitslos und 10,5 Proz. nursten verkürzt arbeiten. Im November 1925 sind es 13,9 Proz., die gänzlich arbeitslos sind, und die Zahl der Kurzarbeiter beträgt gar 24,1 Proz. Wenn auch dieser Tiefstand zum Dezember 1925, wo die Arbeitslosigkeit 20,8 Proz. und die der Kurzarbeiter 30,2 Proz. betrug, nicht erreicht ist, so wissen wir doch nicht bestimmt, ob es inzwischen nicht schon dahin gekommen ist.

Dennoch steht fest, daß das Jahr 1925 ein Kampfsjahr wie die vorhergehenden war, ja es dürfte sich erweisen, daß es kämpferischer war, wenn erst abschließende Berichte vorliegen, die Vergleichsstellungen. War doch das Verhältnis der Unternehmer zur Lohnarbeiterschaft im Jahre 1925 ein ganz besonderes gestaltet. Es trug sogar oft einen geradezu heftigen Charakter, der den Widerstand der Arbeiter in geradezu provozierender Form aufwies. Was sind nicht für Wägen in die Welt hinausgeschleudert worden über die Arbeiter und ihre hohen Löhne, die an allen Ecken und natürlich auch an der Produktion schuld sein sollten.

Man verlegt sich soweit, mit neuer Intuition zu behaupten, wenn die „Lohnstreiber“ nicht aufhören würden. Die Unternehmer haben alles in Bewegung gesetzt, um die Banken und Börsen, die Regierungskreise, die Schlichter und Schlichtungsausschüsse dahin zu bewegen, unternehmerunwürdige Maßnahmen zu treffen und die Arbeiter zu drücken. Wir haben im Laufe des Jahres eine Menge Beweismaterial dafür veröffentlicht. Die bekannte Erkenntnis des Dr. Meißinger dürfte wohl noch in aller Erinnerung sein. Sings hat das „Berliner Tageblatt“ ausgedrückt, daß die moralische Korruption auch in die christlichen Gewerkschaften tief eingedrungen ist. Der deutsch-nationale Abgeordnete und christliche Gewerkschaftsführer Behrens soll seit dem Kapp-Putsch mit sozialdemokratischen Kreisen enge Beziehungen haben. Auch der Führer der christlichen Eisenbahner, Gutsch, soll mit dem Samstagabendgeordneten Jahnke in Berlin ein Bureau geteilt haben, das wo aus der Rüstler Wusch finanziert und vorbereitet wurde. Die Verbindung mit den rechtswidrigen Kreisen besteht nach einer Korrespondenz des Deutschen Gewerkschaftsverbandes, entnehmen wir, daß Herr von Borst zu dem Darlehen von 5000 Mk. an den christlichen Verband erklärt habe, das Darlehen sei gewährt worden zur Verfolgung von Industriearbeitern mit Lebensmitteln. Daß dieses Darlehen zu politischen Zwecken irgenwelcher Art gegeben worden sei, davon ist keine Rede.

Der demokratische Reichstagsabgeordnete Lemmer hat diese Befähigung durch Herrn Borst, daß ein solches Darlehen gegeben wurde, dahin ergänzt, daß das Darlehen nach dem 6. Dezember wenigstens formell zurückgezahlt worden sei. Der „Vorwärts“ hat aber davon Kenntnis erlangt, daß jenes Darlehen zur Unterstützung des Oberleitnants Schulz verwendet wurde, jenes Gemeindeglieds, der aus dem Landberger Ausbruchsvorfall aus dem Gefängnis entkam.

Man ersieht hieraus klar und deutlich, wie weit die Unternehmer ihre korrumptierende Tätigkeit bereits getrieben haben. Die Zentralleitung der christlichen Gewerkschaften dürfte kaum erbaudet haben diese Enthüllungen sein und sie verurteilt, durch eine Erklärung abzurufen.

Ein weiteres Korruptionsfeld sind die industriellen Großbetriebe, in welche man die ehemaligen Offiziere des kaiserlichen Heeres in Masse untergebracht hat. Ein solches scheint das Siemens-Werk in Berlin zu sein,

aus dem man die Spitzen der Vorkriegsorganisation Au-Kug-Klan verhaftet hat.

Wenn man sich nun die ganze Tätigkeit der Unternehmertreue daraufhin ansieht, was eigentlich damit erreicht worden ist, so kann die Antwort nur lauten: politisch wie wirtschaftlich ein volles Fiasko.

Die Reichsregierung hat alles das getan und tun müssen, was sie früher in Waulch und Bogen heruntergerissen und verdammt hat. Sie hat den Sicherheitspakt und den Locarnovertrag unterzeichnet. Der Reichspräsident Hindenburg marschiert in den Spuren Eberts, weil es eben nicht anders geht. Nur in bezug auf die innere Politik hat man einen Vorgriff gemacht nach dem anderen geschlossen. Da ist vor allem die alles verneuernde Sozialpolitik, welche die Zustände der Vorkriegszeit und Liebesgabenpolitik an die Hausgenossen wieder aufleben ließ. Eine von der Regierung eingeleitete Preisentzugsaktion hat die Wirkung der Zoll- und Handelspolitik wohl etwas verhäßt, nicht aber, allgemein genommen, ohne vorläufigen praktischen Erfolg. Wenn die Lenkung in erträglichen Formen (gegenüber den Zuständen vor der Zollerrhöhung) blieb, so ist das auf die diesjährigen guten Ernteerträge auf dem Weltmarkt zurückzuführen.

Nach Abschluß des Locarno-Vertrages demissionierte die Luther-Regierung, weil sich aber keine neue Regierung in einer tragbaren Form bilden ließ, ist die Frage der Neubildung noch ungelöst und dürfte auch schwer lösbar sein.

Im Angesicht der herrschenden Wirtschaftskrise schreien die politischen Parteien vor Demut nach dem Reichstag, die allein eine Lösung bringen können. Man fürchtet wohl mit Recht, daß breite Massen unseres Volkes unter dem Druck der Not sehr radikale Annäherungen haben könnten. Hat man doch schon mit dem Gedanken gespielt, daß der Ruf des Volkes in der Verhängung des Notstandsgesetzes begründet werden müsse.

So sind die innerpolitischen Zustände zwar gefast höchst unklar und unübersichtlich. Und es ist nicht abzusehen, welche Entwicklung sie in den nächsten Wochen noch nehmen werden, wenn nicht doch eine erhebliche Neubelebung des Wirtschaftsmarktes eintritt.

Was die wirtschaftliche Entwicklung uns im vergangenen Jahre brachte, das war einfach unerhört im Ausmaß. Vor allem ist der Zusammenbruch des gewaltigen Konzerns von Siemens zu beachten. Was für großartige Entwicklungsmöglichkeiten hat man nicht diesen Unternehmungen zugeführt. Wie groß war die Zahl der Unternehmungen sein, die durch diesen Zusammenbruch in Mitleidenschaft gezogen wurden. Viele Geschäfte unterstellten sich der Gefahr, in einem Ausmaß, das man daran denkt, die diesbezüglichen gesetzlichen Bestimmungen aufzuheben.

Eine große Rolle spielte in Wirtschaftskrisen die Frage der Umstellung der Produktion. Man schickte Studienkommissionen nach Amerika, welche die Ursachen erforschen sollten, aus welchen heraus die amerikanische Wirtschaft ihre Überlegenheit gegenüber der deutschen Wirtschaft herleitete. Das deutsche Produktionssystem wurde vor allem von allen Seiten erörtert und vielfach auch nachgeahmt, ohne indes befriedigende Resultate gebracht zu haben.

Man vergißt bei allen diesen Auseinandersetzungen immer wieder die Hauptfrage, daß wir nicht so sehr an Warenmangel leiden wie an Absatzmangel. Was hilft es der Menschheit, wenn man die Erzeugung von Waren aller Art zehnfach verdoppelt und doch keine Absatzmärkte findet. Die amerikanische Art der Produktion konnte sich nur zu ihrer Höhe entwickeln, weil die Nachfrage nach Waren aller Art dazu anspornte. Welt die Menschen die erzeugten Waren kaufen konnten. In Deutschland ist das Unternehmertum ständig an der Arbeit, die Löhne und damit die Kaufkraft der Arbeiter und Angestellten herabzubringen. Das Resultat ist ganz natürlich Einbürgerung des Warenablasses, Stagnation der Produktion, weil die meisten Menschen nichts kaufen können.

Wir haben einen Reichswirtschaftsrat, in dem auch Vertreter der Arbeiterorganisationen sitzen neben Vertretern der Unternehmer und der Regierung. Es mag sein, daß Schlimmeres verhindert worden ist, als wir bisher erlebt haben, durch den Einfluß dieses Ausschusses. Es hat aber doch mehr den Anschein, als ob die verschiedenen wirtschaftlichen Organisationen der Unternehmer auf diese Tätigkeit nicht viel geben und nach wie vor ihre eigenen Wege gehen, obwohl sie scheinbar aufstimmten.

Wir unklar man im allgemeinen den wichtigsten wirtschaftlichen Fragen gegenübersteht, das beweist am besten der Stimmungsumschlag in Wirtschaftskreisen, der sich nach Annahme der Steuererlässe und der Zollvorlage bemerkbar machte. Hierzu bemerkt die „Gewerkschafts-Zeitung“ Nr. 51, Seite 733:

Wenige Wochen nach der Annahme der selbstherrlichen Steuererlässe haben der Zentralverband der

deutschen Bau- und Bankiergewerbes auf einer Berliner Tagung, der Zentralverband des deutschen Großhandels in Dresden gegen die Regierung Stellung. Wir haben diese bemerkenswerten Resolutionen an anderer Stelle ausführlich besprochen. (Das Wärschen vom Preisabbau, S. 25; Die Arbeit, S. 709.) Noch schärfere Töne erklangen auf der Tagung der elektrotechnischen Industrie und vor wenigen Tagen auf der Mittelbererfamung des Vereins deutscher Maschinenbauingenieure. Hatte dort der frühere Minister v. Kaumer (von der Deutschen Volkspartei) zugegeben, daß der Preisabbau sich nur mittels des Zollabbaues durchführen lasse, hatte dort der Direktor des Kühlmaschinenwerks sich energig gegen die einengenden Zollschranken ausgesprochen, so wandte man sich hier gegen die Steuerpolitik der Regierung, gegen die Landwirtschaft, gegen die Handelspolitik. Von besonderem Reiz war es, daß der Generaldirektor der deutschen Industrie bei allen Handelsvertragsverhandlungen, Direktor Hans Krämer, den Einkäufer das Lob spenden mußte, daß nur durch ihren Widerstand der Abschluß eines neuen Handelsvertrages mit Spanien möglich geworden sei. Scharfe und drohende Worte fand er gegen die eigenmächtigen und heimlichen Politik der Landwirte und Weinbauern.

Man ersieht hieraus, wie groß das Chaos ist, in dem sich die prominenten Führer der Wirtschaft befinden. Es dürfte richtig sein, was die „Gewerkschafts-Zeitung“ vermutet, daß parteipolitische Vereingenanommenheit, Neigung zu rechtsstehenden Kreisen und Angst vor den Linksparteien die bürgerlichen Wirtschaftskrisen berati vermisst, daß sie alle Warnungen unbeachtet lassen, die von Seiten der Wirtschaftswissenschaftler (die selbst bürgerlichen Kreisen angehören) gegen die Gefahren der Regierungspolitik geltend gemacht wurden.

Nun ist kürzlich die Industrie selbst mit einem Wirtschaftsprogramm an die Öffentlichkeit getreten, mit dem sie glaubt aus der Wirtschaftskrise herauszukommen.

Es dürfte interessieren, wie dieses Programm im Lichte der Beurteilung des „Berliner Tageblattes“ aussieht, dem man doch in solchen Fragen einige Kenntnisse zuzurechnen darf.

Zunächst wird festgestellt, daß alle europäischen Völker unter der Wirtschaftskrise mehr oder weniger leiden. Es sei Zeit, diese Fragen vor ein internationales Forum zu bringen und durch Taten Schritte zu tun, um sie zu beheben.

„Die europäischen Industrien brauchen freie Absatzmärkte und Kapital, um diese aufnahmefähig zu machen. Also Umbau der intereuropäischen Zollmauern. Das bedeutet wiederum, um die Produktion zu rationalisieren, eine gewisse Internationalisierung der Produktionsorganisation.“

Beides fordert die Industrie und gibt damit ihre bisherige Einstellung zu diesen Fragen an.“

Das ist immerhin bemerkenswert und kann als der erste Schritt bezeichnet werden auf dem Wege zur Umstellung der Wirtschaft, denn dieser erste Schritt muß mehrere noch sich ziehen.

Das internationale Schuldenproblem ist natürlich in dieser privatkapitalistischen ausgezogenen Wirtschaft die schwierigste Frage. Die Schuldenfrage drückt die Hälfte Europas fast ausnahmslos und man wird ernstlich daran gehen müssen, nun eine erträgliche Lösung zu finden.

Nun haben wir leider nicht viel Vertrauen zu der Aufrichtigkeit dieses Unternehmerprogramms. Wenn man all die Hinterhältigkeiten sich vor Augen hält, die das deutsche Unternehmertum sich schon hat zuschulden kommen lassen, dann ist ein gewisses Mißtrauen auch diesem Programm gegenüber am Platz. Das Unternehmertum wird sich kaum ernstlich dazu verstehen, seinen bisherigen Interessenstandpunkt auch nur um einige Unten gegenüber der Gemeinwirtschaft zu verschieben. Die Gemeinwirtschaft umfaßt im allgemeinen alle Verhältnisse der Wirtschaft zum Staate, zu den Arbeitern und Angestellten und zu den Konsumtionen. Selbst angenommen, die Industrie bequeme sich dazu, in dem oben geschilderten Sinne ihre bisherigen wirtschaftspolitischen Grundzüge aufzugeben, dann bleibt immer noch die Frage offen, wie man sich in der Praxis, wenn es sich um die Durchführung der einzelnen Punkte handelt, verhält. Die Arbeiterfrage ist es nur begriffen, wenn bei der Industrie, überaus dem Unternehmertum, endlich eine höhere Position zustande kommt, auf welcher die volkswirtschaftlichen Probleme eine höhere Stellung als bisher finden können.

Das diesen Darlegungen ergibt sich ohne weiteres, daß in absehbarer Zeit natürlich kein Umwegweg zu erwarten ist. Es wird selbst im günstigsten Falle geruht werden bis eine Verständigung in der betriebskommenden Faktoren erzielt werden kann.

MILNER

Eines ist jedoch für uns klar, ohne unseren Verband, ohne starke Gewerkschaften hätten wir uns im Jahre 1925 kaum behaupten können gegenüber den Angriffen der Unternehmer auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet.

Im April findet unser Verbandstag statt. Er soll und wird unsere Waffen auf eine neue Schärfe und dadurch die Kampfkraft und Kampffähigkeit bedeutend erhöhen.

Die Gewerkschaftsorganisation ist der Waff gegen Willkür und Unterdrückung unserer Berufsgenossen, von welcher Seite immer sie droht und zu ermarren ist.

Nur der verdient die Freiheit wie das Leben, der täglich bereit ist, sie zu erringen.

Zum Hamburger Verbandstag 1926.

Wenige Monate trennen uns noch von dem Tage, an dem die Beauftragten unserer Mitglieder in Hamburg zusammentreten. Lieber die Periode Offenbach-Hamburg wird manches Interessante zu sagen sein.

Die Inflationszeit im Herbst 1923 hatte den letzten Resten unseres Vermögens entzerrt. Im Dezember 1923 waren wir blutleer. Die im folgenden Frühjahr ausbrechenden Kämpfe mußten wir durch die Einnahme des Tagesfinanzieren.

Wir werden also in Hamburg einen großen Schritt nach vorwärts machen müssen. Dieses wird uns so mehr geboten sein, weil die Jahre 1924/25 uns gezeigt haben, daß gerade die Verbände mit größeren Teilen von Facharbeitern stark in die Wirtschaftskämpfe hineingezogen werden.

Wir glauben uns kaum zu täuschen, wenn wir annehmen, daß beachtliche Kreise unserer Mitglieder unsere dem Verbandstag unterbreitete Beitragereform als ungenügend bezeichnen werden.

Es muß aber heute betont werden, daß die Erwerbslosenunterstützung leicht anders betrachtet werden muß wie vor Jahren.

Die Karenzzeit bei Arbeitslosigkeit sind allerdings von drei auf sechs Tage erhöht worden, dafür ist sie aber im Krankheitsfalle von zwölf Tagen auf sechs Tage herabgesetzt worden.

Der Vorstand schlägt nun nach eine Maßnahme vor, die dringend geboten ist, und zwar die Wiederbezahlung der Beiträge während dem Bezug der Streikunterstützung.

war es auch bei uns so. Nur die Inflation hat den Offenbacher Verbandstag, allerdings unter Überprüfungen einer erheblichen Minorität und der Verbandsleitung, dazu verleitet, die Beitragsfreiheit im Unterstüßungsfall zu beschließen.

Aus diesem Grunde wurde auch innerhalb des Vorstandes die Frage erwoogen, ob es nicht angebracht wäre, auch die Beitragszahlung beim Bezuge der Erwerbslosenunterstützung wieder einzuführen.

Das Mitglied sollte einen Schaden nicht erleiden, weil dann die Rückzahlung des Sonntagss in Aussicht genommen war.

Der Vorstandsvorstand, J. K.: P. Blum.

Anträge des Vorstandsvorstandes zum Verbandstage.

Die für Verbandszwecke erforderlichen Mittel werden durch wöchentliche Beiträge aufgebracht. Der wöchentliche Beitrag für die Hauptklasse, ausschließlich Lokaltaxe, beträgt in der

Table with 4 columns: Klasse, Beitrag, pro Tag, pro Woche. Rows include Beihilfeklasse für Beurlaubte, Beihilfeklasse im letzten Halbjahr, and classes I through VI.

Streikunterstützung.

Table with 5 columns: Klasse, Beitrag, 1. Woche, 2. Woche, 3. Woche. Rows include classes I through VI.

Außerdem wird den Mitgliedern für jedes erwerbsfähige Kind bis zu 16 Jahren ein Zuschlag pro Kind und Woche in Höhe eines Wochenbeitrages gewährt.

Bei Bezuge der Streikunterstützung sind Beiträge zu zahlen.

Erwerbslosenunterstützung.

Für die Höhe und Berechnung der Unterstüßungen ist bei der Erwerbslosenunterstützung (Heise-, Arbeitslosen-, Kranken-) und Beerdigungsbeihilfe der in den letzten 26 Wochen gezahlte niedrigste Beitrag maßgebend.

Die Karenzzeit zum Bezuge der Erwerbslosenunterstützung beträgt im Falle der Arbeitslosigkeit am Ort und auf der Reise sowie im Krankheitsfalle sechs Arbeitstage.

Unterstützungssätze.

Table with 6 columns: Klasse, Beitrag, Mitgliederzahl, Tage pro Tag, Wochen, Summe. Rows include Beihilfeklasse, Klasse I, II, III, IV, V, VI.

Beerdigungsbeihilfe.

Table with 4 columns: Klasse, Beitrag, Mitgliederzahl, Wochen. Rows include Beihilfeklasse and Klasse I through VI.

Die projektierte Wirtschaftskonferenz.

Wie bereits an anderer Stelle bemerkt, verhalten sich die deutschen Industriellen seit kurzen nicht mehr so kraß ablehnend gegenüber einer Verständigung über Wirtschaftspragen auf internationaler Basis.

Man hat in Europa unheimliche Angst bekommen vor der amerikanischen Überlegenheit und ist sich nach lange nicht im klaren, wie derselben zu begegnen ist.

Das Gleichgewicht des Weltmarktes wiederherzustellen wie es vor dem Kriege war, das dürfte heute unmöglich sein und würde durchaus nicht dem Geiste der heutigen Zeit entsprechen.

Das Gleichgewicht des Weltmarktes wiederherzustellen wie es vor dem Kriege war, das dürfte heute unmöglich sein und würde durchaus nicht dem Geiste der heutigen Zeit entsprechen.

Das Berliner Tageblatt ist eifrig bemüht, dieses Problem einer Klärung zuzuführen. Es hat sich deshalb an führende Personen der deutschen Wirtschaft gewandt, um von diesen eine Antwort auf die Frage zu erhalten, wie sie sich zu einer Weltwirtschaftskonferenz stellen.

Gehelmirat Dr.-Ing. Fests Deulich vom Präsidium der deutschen Industrie will erst die großen Industrien horizontal aufgebaut haben, indem gleichartige Werke in eine Gesellschaft mit einheitlichen Interessen unter einheitlicher Leitung verschmolzen werden.

Gehelmirat Dr.-Ing. Wieland kommt mit anderen Worten sachlich fast zu derselben Antwort. Er sieht die Hauptsache auf den Vertrag von Versailles, denn die Krankheit des deutschen Wirtschaftskörpers habe schließlich die anderen in Mitleidenschaft ziehen müssen.

Dr.-Ing. Sorge ist zwar auch für die Weltwirtschaftskonferenz und Befestigung der Zollmauern, aber unter allerlei Vorbehalten. So Beibehaltung erträglichster Zölle, freien Wettbewerb auf dem Weltmarkt mit wirtschaftlichen Mitteln.

Herr v. Raumer, Minister a. D., erwartet von einer Weltwirtschaftskonferenz vielerlei. Vor allem eine Vereinheitlichung der Maße und Gewichte. Eine europäische Produktionsstatistik, ebenso eine Handelsstatistik nach einheitlicher Methode.

Herr Dr. Rüdner sieht ebenfalls die Hauptursache der Wirtschaftskrise Deutschlands im Versailles Vertrag. In einer Uebersicht befaßt er die Lage der einzelnen Länder und sagt da unter anderem: Frankreich durchstoßt die Wonne des Inflationserwüchses; der Inflationsstrauch ist also eine Wonne.

Herr Dr. Rüdner sieht ebenfalls die Hauptursache der Wirtschaftskrise Deutschlands im Versailles Vertrag. In einer Uebersicht befaßt er die Lage der einzelnen Länder und sagt da unter anderem: Frankreich durchstoßt die Wonne des Inflationserwüchses; der Inflationsstrauch ist also eine Wonne.

Generaldirektor Dr. Silberberg sagt zumalamentenb: „Ohne Vereinheitlichung deutscher Wirtschaftsgebiete können die einzelnen Glieder des kontinentalen Wirtschaftskörpers nicht gefunden.“

grundsätzlich jeden Plan zur Rettung der deutschen Wirtschaft. Er ist aber der Ansicht, daß zunächst jedes Land sich über die eigenen Wünsche Klarheit verschaffen muß, indem es seine Wirtschaftskriterien befragt.

Dr.-Ing. Weinhardt vom Dsram-Direktorium sagt, es ist sehr schwer, ohne genaue Kenntnis einer Spezialindustrie, sich über die Möglichkeit internationaler Zusammenarbeit in den Einzelheiten zu äußern. Im übrigen glaubt er, daß eine Weltwirtschaftskonferenz neue Wege eröffnen muß, die eine Verständigung ermöglichen.

In den Antworten dieser hervorragenden Wirtschaftsführer ist zwar die Möglichkeit gegeben, daß eine Weltwirtschaftskonferenz, eine Verständigung über neue Wege der künftigen Wirtschaftsführung findet und beschreitet; die Vorbehalte, welche im einzelnen gemacht werden, sind indes so zahlreich, daß da wohl noch recht große Hindernisse entgegenstehen.

Wir haben nachdrücklich nur das Besondere aus diesen Antworten gebracht; die einzelnen Ausführungen würden das Gesagte noch besser illustrieren, wenn wir sie ausführlicher bringen könnten. Das eine ist jedoch klar, wenn diese Doktrinen die Weltwirtschaft umstellen, so wird das noch geraume Zeit dauern. Inzwischen wird daher in aller Eile fortgearbeitet werden, wenn nicht unmittelbar aus den Reihen der Wirtschaftspraktiker selbst die Initiative ergriffen wird.

Auch die Parole der „Roten Fabrik“, das Proletariat brauche nur den Willen aufzubringen, und keine Macht der Welt sei imstande es daran zu hindern, die kommunistische Wirtschaftsform einzuführen, die Befreienden zu enteignen usw., ist nur eine billige Phrase, die der Not der Arbeitslosen nicht im geringsten freuet.

Zur Neuwahl der Ortsverwaltungen.

Zu Anfang eines neuen Jahres finden in unseren Verwaltungen auch die Neuwahlen der Ortsverwaltungen statt. Der Hauptverwaltung des Verbandes ist selbstverständlich daran außerordentlich viel gelegen. Hängt doch von den Personen, die in den Verwaltungsstellen die Interessen des Verbandes wahrnehmen und vertreten, das Wohl und Wehe der Mitglieder wie das Gesamtwohl des Verbandes im wesentlichen ab. Eine ungeschickte Ortsverwaltung kann der Mitgliedschaft und dem Gesamtverband nicht nur ideell, sondern auch materiell großen Schaden zufügen. Ideell insofern, indem sie die Mitglieder weder gewerkschaftlich schult und diszipliniert, sondern sie vielmehr mit solchen, mehr oder weniger ideologischen Hoffnungen über die wahre Sachlage hinwegtäuscht. Es kommt leider vor, daß über solchen ideellen Zirkusbildern die praktische Kleinarbeit zum innern Ausbau der Organisation und zur Schulung der Mitgliedschaften zu schwebigen treuen Mitgliedern, auf die man sich auf jeden Fall verlassen kann, einfach vernachlässigt wird. Wo eine alte, erprobte und bewährte Ortsverwaltung vorhanden ist, zu deren Umsturz und Verfall in der Führung des Verbandes man unbedingt Vertrauen haben kann, muß auch versucht werden, diese dem Verband zu erhalten.

Gewiß ist es notwendig, einen Nachwuchs heranzubilden, befähigten Mitgliedern Gelegenheit zur Betätigung zu geben, doch das muß immer sehr sorgfältig überlegt und geprüft werden. Wir brauchen nur daran zu erinnern, welches Unheil entstehen kann, wenn eine Ortsverwaltung bei Lohnbewegungen ihrer Aufgabe nicht gewachsen ist. Wenn ihr das Verantwortlichkeitsbewußtsein völlig fehlt für die Tatsache, daß bei Lohnbewegungen wohl materielle Vorteile für die Mitglieder errungen werden sollen und können, daß aber auch im ungünstigen Falle schwere wirtschaftliche Nachteile für viele Familien entstehen können.

Der Vorsitzende einer Verwaltungsstelle kann da viel flugem, geschicktem Verhalten eine wirklich segensreiche Tätigkeit entfalten, er kann aber auch im umgekehrten Falle viel Unheil anrichten. Wer an leitender Stelle steht, hat zweifellos einen größeren Einfluß, wenn sein Wort etwas gilt, und er kann dann nicht die Mitgliedschaft verantwortlich machen, wenn etwas schief geht, weil sie ihm vertraut hat.

Man erkauft schon aus diesen wenigen Andeutungen, wie verantwortungsvoll der Posten des Vorsitzenden ist. In großen Verwaltungsstellen gehört sehr viel Takt und Geschick dazu, die Gesamtinteressen des Verbandes unter allen Umständen hochzubehalten. Zumal in unserer Zeit, wo die Meinungen so durcheinandergehen, daß die politisch interessierten Mitglieder gewerkschaftliche und politische Fragen häufig vermengen.

Als Richtschnur seiner Handlungen muß der Vorsitzende einer Ortsverwaltung unseres Verbandes nicht nur des Verbandsstatut, die Verbandsratsbeschlüsse, die Richtlinien des Zentralvorstandes befolgen, sondern er muß auch die Grundzüge beachten, die ganz allgemein von den übergeordneten Instanzen der Gewerkschaften aufgestellt werden. Wer das nicht kann und will, sollte so ehrlich sein und einen führenden Posten nicht annehmen.

Nicht minder wichtig sind die übrigen Posten in der Ortsverwaltung. Vor allem noch ein paar Worte über den Kassierer. Der Kassierer muß vor allem zuverlässig und gewissenhaft seines Amtes walten. Er muß immer darauf denken, daß es Gelder der Mitglieder sind, dazu bestimmt, den Kampf um bessere Zustände zu führen, die er verwaltet. Die Erziehung zu geregelter Beitragszahlung, die Organisation des Hilfs- und Hauskassierersystems sind seine Aufgaben.

Die erste Grundregel eines Kassierers muß sein, über alle Einnahmen und Ausgaben gewissenhaft Buch zu führen, sofort alles aufzuschreiben und für jede Ausgabe einen gültigen Beleg aufzubewahren. Es begegnet er am besten jeder Unordnung und jedem Mißtrauen und ist dadurch in der Lage, auch mit dem Hauptkassierer pünktlich und richtig abzurechnen zu können. In dieser Beziehung ist mancher Kassierer noch lange nicht ganz auf der Höhe.

Der zweite Vorsitzende und Kassierer, die Schriftführer, die Beisitzer, Branchensekretäre, Korrespondenten usw., je nachdem die Ortsverwaltungen zusammengesetzt sind, sollen selbstverständlich die vorgenannten im gleichen Geiste nach besten Kräften fördern und unterstützen.

Es wäre verfehlt und abwegig, wenn sich die Mitglieder der Ortsverwaltung einer Verwaltungsstelle fortgesetzt gegenseitig bekämpfen und, statt die Leitung zu unterstützen, in Opposition machen würden. Der Fall ist natürlich denkbar, daß ein Vorsitzender den Diktator zu spielen sucht und jede andere Meinung als die seine brutal unterdrückt. Das ist ebenso wenig gut, als wenn umgekehrt der Vorsitzende nur ein Spielball anderer Personen wäre und keine eigene Meinung hätte.

In beiden Fällen wären solche Zustände in einer Ortsverwaltung wenig ideal und noch weniger gesund. Wo es der Fall sein sollte, müßte bei den kommenden Neuwahlen unbedingt versucht werden, die Ortsverwaltung so zusammenzubringen, daß ein harmonisches Zusammenarbeiten zum Wohle und zum Gedeihen des Gesamtverbandes ermöglicht wird.

Die Hauptverwaltung möchte das Adressenmaterial baldmöglichst neuauffstellen und vervielfältigen, insbesondere auch das zum Zeitungsvorstand.

Die Verwaltungen werden deshalb gebeten, die Neuwahl der Ortsverwaltung so bald als möglich vorzunehmen und uns bis Ende Januar die neuen Adressen mitzutellen.

Der Anschluß der amerikanischen Holzarbeiter an die Iudh. Amsterdam.

Das Exekutivkomitee unserer Internationalen Union der Holzarbeiter — der auch unsere Berufsgruppe, die Tapezierer, angehören — hat am 18. Dezember 1925 in Amsterdam eine Sitzung abgehalten. Angelehnt des Beschlusses des Vorstandes der „United Brotherhood of Carpenters and Joiners of America“, sich ab 1. Januar 1926 der I. U. anzuschließen, hat das Exekutivkomitee beschlossen, die amerikanische Organisation zur Mitgliedschaft zuzulassen. Der Anschluß ist von großer Wichtigkeit, weil es gelungen ist, unsere internationale Verbindung damit auch auf Amerika auszudehnen, das bisher abseits stand. Da der amerikanische Holzarbeiterverband circa 340 000 Mitglieder zählt, also zahlenmäßig mit an der Spitze der der I. U. angeschlossenen Verbände steht, beschloß das Exekutivkomitee, den Amerikanern ebenfalls Sitz und Stimme in demselben zu geben. Natürlich handelt es sich zunächst um einen vorläufigen Beschluß. Der nächste internationale Kongreß ist endgültig zuständig, wird aber mit Freude den Anschluß begrüßen.

Von der künftigen Arbeitslosenversicherung.

Neber den Entwurf eines Gesetzes über die Arbeitslosenversicherung haben wir bereits in Nr. 40 dieser Zeitung vom 2. Oktober 1925 in groben Zügen berichtet. Da voraussichtlich der Reichstag beim Zusammentritt sich bedingt mit diesem Gesetzentwurf beschäftigen wird, ist es angebracht, wieder darauf zurückzukommen. Es wurde schon in der ersten Besprechung bemerkt, daß dieser Entwurf mancherlei Mängel enthält, deren Beseitigung angestrebt werden muß. Der Hauptmangel ist zweifellos die unzureichende Bemessung der Unterhaltungsätze selbst. Wenn jeder Deutsche Anspruch darauf haben soll, im Falle, daß ihm angemessene Beschäftigung nicht nachgewiesen werden kann, so viel Unterstützung zu beziehen, daß er damit imstande ist, den notwendigen Lebensbedarf zu bestreiten, so muß jeder ausrechnen, wie er mit den Sätzen auskommen will, die vorgezeichnet sind.

Es sind im Gesetzentwurf fünf Lohnklassen vorgesehen mit einem festen Einheitslohnfuß, der maßgebend ist für die Errechnung des Unterhaltungsbetrages. Klasse I bis zu 10 Mk. Wochenlohn, Einheitslohn 10 Mk. Klasse II 10—20 Mk. Wochenlohn, Einheitslohn 15 Mk. Klasse III 20—30 Mk. Wochenlohn, Einheitslohn 25 Mk. Klasse IV 30—40 Mk. Wochenlohn, Einheitslohn 35 Mk. Klasse V 40 u. mehr Mk. Wochenlohn, Einheitslohn 40 Mk.

Die Zuteilung zu den Lohnklassen, die für den einzelnen Unterhaltungsberechtigten in Frage kommen, richtet sich nach dem Arbeitseinkunft, welches in den letzten drei Monaten vor der Arbeitslosmeldung bezogen wurde. Die Hauptunterstützung soll 40 Proz. des Einheitslohnes betragen. An Familienunterstützung wird für jeden unterhaltungsberechtigten Familienangehörigen 5 Proz. des Einheitslohnes gewährt. Die gesamte Unterstützungssumme darf jedoch in keinem Falle mehr als 65 Proz. des Arbeitslohnes betragen.

Die wöchentliche Hauptunterstützung würde nach dieser Regel betragen: In der 1. Klasse 4 Mk., in der 2. Klasse 6 Mk., in der 3. Klasse 10 Mk., in der 4. Klasse 14 Mk. und in der 5. Klasse 16 Mk.

Daß der Arbeitsschutz mit solchen Unterhaltungsätzen existieren kann, wird wohl niemand behaupten wollen.

Es wird aller Energie bedürfen, um die Regel der Einheitslohnätze und den Satz von 40 Proz. entsprechend zu erhöhen. Das ist zunächst der Hauptmangel des Gesetzentwurfs, der beseitigt werden muß, ungeachtet der vielen anderen Mängel, die dieser Entwurf noch enthält.

Aus unseren Berufstreifen.

Die Wiener Ledergalanteriebranche hatte nach dem Bericht in der „Einigkeit“, dem Organ dieser Organisation, im vergangenen Jahr mit schweren Sorgen zu kämpfen. Ununterbrochene Entlassungen und Kurzarbeit bedrückten die Arbeiter. Zahlreiche Konturfe von Firmen der Branche bezeugten ebenfalls den äußerst ungünstigen Geschäftsgang.

Ferner litt der Geschäftsgang durch die Zollstrafen der Grenzländer und durch klauen Eingang der Zollungen für die Warenlieferungen. In Nachbarstaaten Österreichs wurden Versuche gemacht, eine eigene Lederwarenindustrie ins Leben zu rufen, diese waren jedoch bis jetzt sämtlich mißlungen. Selbst in Ungarn, wo diese Unternehmen besonders subventioniert wurden, waren keine Erfolge erzielt worden, wie man erhofft hat. Dabei ist diese Lederwarenindustrie von Wienern selbst ins Leben gerufen worden und beschäftigt heute noch viele Wiener Arbeiter.

Am traurigsten jedoch steht es in den jugoslawischen Städten aus, wo von den gegründeten Firmen Wiener Arbeiter nach dort geholt wurden. Die letzteren haben sehr bald diese Unternehmungen fluchtartig verlassen. Es findet nun unter den Grenzländern eine ungeheure Absperrung statt, und die Folge ist jene große Arbeitslosigkeit, unter welcher die Ledergalanterieindustrie besonders leidet.

Neber den Umfang der Arbeitslosigkeit werden folgende Angaben gemacht. Beim staatlichen Arbeitslosensamt waren Ende 1924 106 arbeitslose Lederarbeiter gemeldet, während es jetzt 267 sind. Zu den 106 Arbeitslosen kommen 1924 noch 50 Ausgefahrene hinzu, während jetzt zu den 267 Arbeitslosen noch circa 150 Ausgefahrene und Nichtbezugsberechtigten hinzukommen. Dabei ist von jenen noch abgezogen, die der Organisation den Rücken kehren mußten.

Eine beträchtliche Zahl der Arbeitslosen sind die erst kürzlich Ausgefahrene bzw. Freigegebenen, die als Opfer verbliebener Kurzarbeit und Eigenmühses der Unternehmer auf der Straße liegen. Gegenwärtig besuchen nicht

An die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft.

(IUB). Das Internationale Gewerkschaftliche Arbeiterinnenkomitee wendet sich an die organisierte Arbeiterschaft der ganzen Welt mit dem dringenden Ersuchen, in Zukunft mehr als bisher dafür zu wirken, daß die im Erwerbsleben stehenden Frauen der gewerkschaftlichen Organisation zugeführt werden. In allen industriell entwickelten Ländern bilden die weiblichen Arbeitsträfte einen erheblichen Teil der Arbeitnehmerschaft. Als überwiegend unorganisierte Arbeitsträfte bilden sie in Verbindung mit ihren abstoßend und relativ niedrigen Löhnen eine ständige Gefahr für die Arbeitsbedingungen der gesamten Arbeitnehmererschaft. Die industrielle Entwicklung erleichtert den Unternehmern das Bestreben, weibliche Arbeitsträfte zu immer mehr Arbeitsverrichtungen heranzuziehen. Das organisierte Arbeiterinnenkomitee wird sich, wie die Erfahrungen beweisen, die sich bietenden Gelegenheiten nicht entgehen lassen, aus den Reihen der unorganisierten Arbeiterinnen Arbeitsträfte zu gewinnen, die die gegen die Hebung der Lage der Arbeiterklasse gerichteten Bestrebungen fördern können. Die organisierten männlichen Arbeiter betrachten die Verbreitung des Gedankens der Notwendigkeit gewerkschaftlicher Organisation unter ihren männlichen Kollegen als ihre ständige Pflicht. Ein Teil dieser Arbeiter hält es jedoch nicht für nötig, diese Idee in gleicher Weise in die Reihen der weiblichen Arbeitnehmer zu tragen, die sie recht oft nicht als ihre Kolleginnen, sondern als Fremdkörper im Wirtschaftskreis betrachten, wobei nach immer die Meinung verbreitet wird, daß das Arbeitsgebiet der Frauen allein das Haus ist. Sie haben sich bis jetzt von falschen Auffassungen aus nicht durch die für jeden vorurteilsfreien Menschen mögliche Feststellung befreien lassen, daß in allen Lebensverhältnissen zahllose Frauen für die Dauer ihres Lebens Erwerbsarbeit verrichten müssen. Durch diese falsche Auffassung wird verhindert, daß schon die Familie bei den Mädechen den Boden für die Erkenntnis der Notwendigkeit gewerkschaftlicher Organisationen bereiten kann. Was die Familie bei den weiblichen Arbeitnehmern verkennt, wird auch in ähnlicher Weise auf den Arbeitsplätzen vernachlässigt. Für die mangelhafte Organisation der weiblichen Arbeitnehmer sind die männlichen Arbeitnehmer mit verantwortlich, und sie sind mit daran schuld, wenn die weiblichen Arbeitnehmer der erfolgreichen Gewerkschaftsarbeit im Wege stehen. Die weiblichen Arbeitnehmer sind allerdings schwerer als die männlichen Arbeiter für die gewerkschaftliche Organisation zu gewinnen; sie sind aber, wie die Erfahrungen in allen Industrieländern zeigen, immerhin zu gewinnen. Überall existiert bereits ein Kern überzeugter weiblicher Gewerkschaftsmitglieder. Diese Tatsache berechtigt zur Annahme, daß auch die übrigen weiblichen Arbeitnehmer für die Gewerkschaften zu gewinnen sind, wenn sich alle verfügbaren Kräfte in der Gewerkschaftsbewegung der Gewinnung der weiblichen Arbeitsträfte zuwenden. Noch entsprechen in keinem Lande die Arbeitsbedingungen der Frauen dem Werte und der Bedeutung ihrer Arbeit, noch sind die weiblichen Arbeitnehmer unbenutzt und oftmals gegen ihren Willen Lohnrückerl. Diese Verhältnisse werden sich ändern, wenn die weiblichen Arbeitnehmer mehr als bisher in der Gewerkschaftsbewegung tätig sind. Diesem Ziele soll dieser Aufruf dienen. Die Unterzeichneten waren sich bei keiner Abfassung der Beratungen, die sie als Mitglieder des internationalen Arbeiterinnenkomitees haben, voll bewußt und sie erkennen im Glauben an die segensreiche Kraft der gewerkschaftlichen Idee.

Auf zur Werbearbeit, zur Gewinnung der weiblichen Arbeitnehmer für diese Idee!

Auf zum Kampfe für bessere Lebensbedingungen für die gesamte Arbeitnehmererschaft!

- Internationales gewerkschaftliches Arbeiterinnenkomitee: Helene Burniaug (Belgien), Henriette Crona (Dänemark), Mary Qualle (England), Jeanne Chevenard (Frankreich), Gertrud Hanna (Deutschland).

weniger als 600 Bechrlinge die Fachschulen, da kann man sich leicht vorstellen, wie wenig Aussicht für diese besteht, später ihr Fortkommen zu finden.

Die Branche brachte 1924 für Arbeitslose 5624,40 und an außerordentlicher Unterstützung 792,90 Schilling auf. Im Jahre 1925 sind bereits 8091,60 und 2081,90 Schilling ausgezahlt.

Diese Misere suchten die Innereichner möglichst zu verschärfen und glaubten einen Haupttrümpf auszuspielen, indem sie den Tarif kündigt. Es ist ihnen indes nicht gelungen, die Organisation zu vernichten. Der Kollektivvertrag wurde erneuert; nur eine Anzahl Kleinmeister sträubten sich, den Vertrag anzuerkennen, weil sie die Bechrlinge nicht nach drei Monate, nachdem sie ausgelernt haben, weiter beschäftigen könnten. Eine Verhandlung, die am 8. Dezember stattfand, war resultatlos. Die Branche will jedoch nicht eher locker lassen, bis die Bestimmungen des Kollektivvertrages auch von diesen Kleinmeistern anerkannt und gehalten werden.

Im allgemeinen gibt es in Wien, genau so wie bei uns in Deutschland, noch Zwischenleiter genug, die der Berufsorganisation fernstehen, dabei aber kräftig auf die miserablen Zustände schimpfen. Sie wollen recht viel ernten und verdienen, ohne jedoch das geringste Opfer ihrerseits zu bringen. Diese auszufüttern und der Organisation zuzuführen, aus ihnen treue, fähige Mitglieder zu machen, das ist hier wie dort ein schweres Problem. Außer diesen speziellen Berufsfragen macht den Wiener Kollegen auch der von der Regierung geplante Abbau des Mieterschutzes große Sorge. Auch genau wie bei uns; denn auch hier möchten die Hausbesitzer sobald als möglich freie Hand haben zur unbeschränkten Mietsteigerung mit unbeschränktem Rücktrittsrecht. Es gilt überall auf dem Posten zu sein, denn uns das Fell nicht noch weiter über die Ohren gezogen werden kann. Der Lohnarbeiter muß sein bisheriges Einkommen schon so hoch verlieren, daß es ein Jammer ist. Und die Beschäftigten verstehen es glänzend, sich mächtig zu brühen.

In Oesterreich liegen die Dinge ganz besonders schwierig, nachdem man das gesamte Wirtschaftsgelände demagogisch zerlegt hat, daß es kaum noch schmecken kann. Die Behördensprache scheint man für ganz besonders schwer lösbar zu halten, weil eben in der Wirtschaft gar keine Möglichkeit besteht, die Ausgaben unterzubringen. So wird denn ernstlich die Bechrlingsperre gefordert, trotzdem dies ganz unausführbar erscheint. Auch in Deutschland werden bekanntlich viel zu viel Bechrlinge ausgebildet, die, wenn sie ausgelernt haben, in den Berufen keine Arbeitsmöglichkeit finden. Fast alle Berufe waren deshalb Eltern und Vorwörter fähig, ihre Kinder diesen oder jenen Beruf erlernen zu lassen. Natürlich fast immer ohne wesentlichen Erfolg, denn die Berufe sind fast ausnahmslos mit Arbeitskräften überfüllt.

Auch eine Illustration zu dem Thema, länger und intensiver zu arbeiten, denn nur Arbeit, und zwar Mehrarbeit und möglichst ohne Lohn dafür zahlen zu müssen, kann uns retten. Der Bechrling macht eben!

Die Arbeitsnachrichte unseres Berufes in Offenbach am Main hat sich um Werbnotizen sehr verdienstlich. Dem Arbeitsmarktbericht der Stadt zufolge waren am 4. Dezember 1925 arbeitslos 148 Sattler und 359 Portefeuller; zusammen 507. Am 11. Dezember 1924 Sattler und 644 Portefeuller; zusammen 838. Am 18. Dezember 1923 Sattler und 732 Portefeuller; zusammen 965. Dieses waren eingetragene Stellungsuchende von insgesamt 8905 in Stadt und Kreis Offenbach. Von diesen empfingen 6444 Männliche und 1186 Weibliche Erwerbslosenunterstützung.

Das Offenbacher Mitteilungsblatt gab schon wiederholt Veranlassung zu einer kleinen Widereule aus dem Inhalt. Auch die Dezembernummer ist sehr dazu geeignet, denn der Inhalt überschreitet weit den Rahmen, den ein Mitteilungsblatt einhalten sollte. Doch wir wollen das ruhig dem Urteil des Verbandtages überlassen.

Wir wundern uns über nichts mehr, was darin alles verbrochen wird. Inhere aus der Sachlage geschilderte Bemerkung über die Nichtinhaltung tariflicher Bestimmungen, soll auf Arbeitsvermittlung beruhen. Was wir im Offenbacher Mitteilungsblatt schon alles gelesen haben, scheint aber mehr auf Parästheorie oder einer jener Vagheiten zu beruhen, an welchen manche Genies oftmals sehr fröhlich zu erkranken pflegen. Damit erklärt sich wohl die Wurfschuld solcher Ausdrücke gegenüber älteren Personen. Arme Genies, die sich für so reich halten und doch nur kümmerliche Früchte tragen.

Zunahme der Feuerbestattung.

Der Deutsche Städtetag hat bei den ihm angeschlossenen Städten eine Rundfrage über ihre Feuerbestattungsanlagen veranstaltet, die auch auf die Schweiz ausgebeugt worden ist. In Deutschland besitzen 54 Städte Feuerbestattungsanlagen, und zwar keineswegs etwa nur Großstädte, sondern auch Mittelstädte bis herunter zu kleineren Städten, wie Weimingen, Suhl, Jünnenau usw. Durchwegs stammen die Krematorien in allen Städten erst aus der Zeit nach 1900. Die Zahl der Einäscherungen betrug in der Zeit vom 1. April 1924 bis 31. März 1925:

Table with 2 columns: Number of cremations (10-50, 51-100, etc.) and Number of cities (8, 7, 17, etc.).

Von den deutschen Städten weist verhältnismäßig am meisten Feuerbestattungen Suhl auf. Dort beträgt der Anteil der Einäscherungen 88 Proz., d. h. von 100 Leuten werden 88 verbrannt und 12 begraben. Es folgen Jünnenau mit 72,4 Proz., Bena mit 71,7 Proz., Weimingen mit 69,7 Prozent, Weimingen mit 49,6 Proz., Hirschberg mit 46,3 Prozent, Bera mit 44,5 Proz., Jünnau mit 44,3 Proz. und Dessau mit 42,7 Proz.

Es ergibt sich also, daß in sechs Städten gegenüber der Erdbestattungen die Zahl der Feuerbestattungen über-

wiegt und in weiteren sechs Städten beide Bestattungsarten sich ungefähr die Waage halten. Die geringste Ziffer hat Augsburg zu verzeichnen mit 2,8 Proz., dann Ulm mit 3,1 Proz., Hannover mit 5,2 Proz., Konstanz mit 6,8 Proz., Gießen mit 7,1 Proz., Regensburg mit 8 Proz., Mainz mit 8,4 Proz., Krefeld mit 9,7 Proz., Freiburg i. B. mit 9,7 Proz. Im Durchschnitt beträgt in Deutschland in den Städten, die über Krematorien verfügen, der Prozentatz der Feuerbestattungen 20,8 Proz. Betrachtet man die Ziffern der einzelnen deutschen Länder, so ergibt sich folgendes Bild:

Table showing cremation percentages by German state: Thüringen (54,9%), Anhalt (42,7%), Sachsen (26,8%), Württemberg (22,0%), Preußen (20,3%), Hamburg (16,2%), Baden (13,5%), Bayern (10,2%).

Über die absoluten Selbstkosten ließen sich bei der Rundfrage des Deutschen Städtetages vergleichbare Angaben nicht gewinnen. Die Berechnungsgrundlagen sind zu verschieden, um die Zahlen gegeneinander abzuwägen zu können. Die Selbstkosten sind im wesentlichen davon abhängig, in welchem Umfange die Helungsanlage voll ausgenutzt werden kann. Nur in einigen Städten sind die Krematorien bereits bis zur Grenze ihrer Leistungsfähigkeit beansprucht. Durch eine stärkere Inanspruchnahme würden aber die Selbstkosten sich noch bedeutend vermindern lassen. So rechnet Ulm mit der Möglichkeit einer Herabsetzung seiner Selbstkosten bei voller Ausnutzung der Anlagen um 320 Proz., Heilbronn ebenfalls, Sonneberg um 50 Proz., Guben um 45 Proz.; eine Herabminderung um ein Drittel erwarten Hannover, Pforzheim, Dessau, um ein Viertel Augsburg und Pößneck.

Ein interessanter Einblick in die steuerliche Belastung der Landwirte.

Die, in der „Leipziger Volkszeitung“, Nr. 289 vom 14. Dezember, werden interessante Angaben über die steuerliche Belastung der Landwirte veröffentlicht. Die Angaben stammen aus einer städtischen Gemeinde der Leipziger Kreisbauernschaft. Sie zeigen auf, welche Einkommensteuern dort in der Zeit vom 1. Januar 1925 bis 31. März 1925 gezahlt wurden. Wir lassen die Angaben folgen:

Table with 4 columns: Land type (e.g., Gut mit Sandgrube), Number of farms, Number of farms, and Tax amounts (Grundbesitzsteuer, Einkommensteuer, etc.).

Diese Angaben der „Leipziger Volkszeitung“ beweisen wieder einmal die ungeheure Steuerdrückerei der beschuldigten Kreise. Sie zeigen auch die große Ungerechtigkeit auf, die heute noch in Deutschland besteht. Während ein lediger Arbeiter mit dem wirklich nicht hohen Monats-einkommen von 150 M. 15 M. Einkommensteuer pro Vierteljahr zahlen muß, hat ein Besitzer mit etwa 60 Morgen Land, 2 Pferden und 12 Kühen keine steuerliche Verpflichtung dann schon erfüllt, wenn er auch nur 15 M. Steuern pro Vierteljahr abführt. Sollte das noch nicht Grund genug für die Steuerbehörde sein, hier einmal mit eisernem Besen das Maß zu füllen?

Rundschau.

Bevölkerungsbewegung. Nach den Ausweisen des Statistischen Reichsamts sind im Jahre 1924 im Deutschen Reich rund 440 000 Ehen geschlossen worden. Das sind rund 141 000 weniger als im Jahre 1923 und rund 22 000 weniger als im Jahre 1913 auf dem gleichen Gebiet. Am heiratensfähigsten sind die Hamburger und Berliner, von den Ländern steht an letzter Stelle Württemberg und Hohenzollern.

Geboren wurden in dem gleichen Jahre rund 1 311 000 Kinder einschließlich der Totgeborenen. Damit ist auf 1000 Einwohner berechnet der tiefste Stand erreicht; die Geburtenziffer steht nur noch ganz wenig über der französischen. Oberösterreich und Preußen sind von allen Provinzen und Ländern im deutschen Gebiet die geburtenreichsten. Überall läßt sich aber ein Geburtenrückgang feststellen, mit Ausnahme von Berlin, wo im Berichtsjahre eine Steigerung eingetreten ist. Der Geburtenrück-

gang beträgt über das ganze Reich berechnet im Jahre 1924 auf 1000 Einwohner 8,9 gegen 12,6 im Jahre 1913.

Bemerkenswert ist, daß die Sterblichkeit gesunken ist. Es sind im ganzen 802 106 Sterbefälle, einschließlich der Totgeborenen, errechnet. Das sind auf 1000 Einwohner bei Bevölkerung 3,7 weniger als im Jahre 1913. Die Säuglingssterblichkeit ist erheblich gesunken. Als Todesursachen haben Malaria, Herzkrankheiten, Krebs, Selbstmord, Mord und Totschlag zugenommen, dagegen ist eine starke Abnahme der Infektionskrankheiten — ausschließlich Malaria — eingetreten.

Aus den Zahlen ergibt sich eine fortwährende Steigerung der Bevölkerungsziffer. Die gegenwärtig in der Republik anfassige Bevölkerung wird auf 64 Millionen geschätzt, gegenüber rund 60 Millionen vom 8. Oktober 1919. Die starke Geburtenabnahme wird durch die verminderte Sterblichkeit ausgeglichen.

Lohnbewegungen und Streiks.

Im eigenen Interesse werden die Kollegen ersucht, vor Arbeitsaufnahme an anderen Orten sich erst bei der betreffenden Ortsverwaltung über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen.

Fahrzeugindustrie. Eine Einigung ist bisher nicht erfolgt. Die Aussperrung geht weiter.

Stuttgart. In den Korrosierbetrieben sind Differenzen ausgebrochen, eine Firma hat bereits ausgesperrt.

Tapezierergewerbe. Wiesbaden. Die Firma Hollthaus, Einatemelbetrieb, hat ausgesperrt.

Meidet streng die ausgesperrten Ortschaften!

Verbandsnachrichten.

(Bekanntmachungen des Vorstandes und der Ortsverwaltungen.)

Am Jahresabschluss muß jedes Mitgliedsbuch in Ordnung gebracht sein.

Vom 10. bis 18. Januar ist der 2. Beitrag fällig.

Pünktliche Beitragszahlung ist die Voraussetzung zur Sicherung der Kampfkraft des Verbandes und der Anrechte auf die Unterstützungseinrichtungen.

Achtung! Die Ortsverwaltungen werden ersucht, die Orts- und Betriebsbogen umgehend einzuliefern.

Am 2. Januar war Stichtag zur Feststellung der Arbeitslosen und Kurzarbeiter. Wir bitten um sofortige Einlieferung der grauen Berichtskarte.

Jede Ortsverwaltung sollte ein Verbandsarchiv anlegen, in welchem ein gebührendes Exemplar des Verbandsorgans nicht fehlen darf. Bestellungen sofort nachholen, wo noch nicht erfolgt!

Berlin. Die Zählstelle bei Berthold Lüsich, Breitenstraße 35 (P 23 21), Restaurant, ist eröffnet. Beirträge können Sonnabends von 6 bis 8 Uhr dort eintrudelt werden. Wir erjuchen, Gebrauch von dieser Einrichtung zu machen. Die Ortsverwaltung.

Achtung! Alle Mitteilungen für den Bezirk Breslau sind nicht mehr an den Kollegen Hugo Friedrich zu richten, sondern an den Gauleiter Bruno Engel, Berlin, Brandenburgerstraße 10 b.

Chemnitz. Das Mitgliedsbuch Nr. 21543 auf den Namen Erich Rai, geb. 1. Dezember 1808 in Freiberg i. S., eingetragen 23. Dezember 1918 in Freiberg, ist mitlaut der Briefstöße abhandeln gekommen. Das Buch ist gesperrt, der Vorgesetzte angushalten.

Veranstaltungskalender.

Görlitz (Mdlg.). Freitag, den 15. Januar, abends 8 Uhr, Generalversammlung im Restaurant zur Kaiser-

Klein a. Rh. Donnerstag, den 14. Januar, abends 7 Uhr, Generalversammlung aller Branchen im Volkshaus, Saal 3.

Regensburg. Am Sonntag, den 10. Januar, nachm. 2 Uhr, findet im Gemerkschaftshaus die ordentliche Generalversammlung statt. Es wird besonders auf § 34 II. Teil des Verbandsstatuts aufmerksam gemacht. Vollständig und pünktliches Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht!

Sterbetafel.

Dresden. Hier starben die Beherwarenarbeiterinnen Anna Bellig im Alter von 67 Jahren und Martha Schädel im Alter von 36 Jahren.

Hamburg. Am 21. Dezember starb nach über zweijähriger Krankheit unser Kollege, der Sattler Edmund Raabgrun im Alter von 48 Jahren. Er war über 25 Jahre Verbandsmitglied.

Ruppenthal. Am 20. Dezember starb unser lieber Kollege Anton Schindler im Alter von 37 Jahren.

Escho ihrem Andenken.